

Demonstration in Hannover

Häusliche Gewalt: So fordern Osnabrücker Frauen mehr Schutz

von Jana Derksen



Georgsmarienhütte. Demonstranten in Hannover wollen mehr Gewaltschutz für Frauen. Das Land Niedersachsen plant Geld für Frauenhäuser und Beratungsstellen zu deckeln. Ein fatales Signal, gerade in der Corona-Zeit, finden Georgsmarienhüttes Gleichstellungsbeauftragte Susanne Häring und das Frauenhaus Osnabrück.

„Seit Jahren steigen die Fälle häuslicher Gewalt. Durch Corona hat sich die Situation für viele Frauen aber noch mehr verschlimmert“, berichtet Susanne Häring, die seit sieben Jahren als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Georgsmarienhütte viele Frauen betreut.

Umso mehr ärgert sich die Gleichstellungsbeauftragte, die auch im Vorstand der LAG Gleichstellung (Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros Niedersachsen) ist, über die Finanzierung vom Land Niedersachsen und hat eine Protestaktion am Donnerstag am Niedersächsischen Landtag mitorganisiert.

Geld vom Land Niedersachsen

Hintergrund ist: Die niedersächsische Richtlinie zur Finanzierung von Frauenhäusern und Gewaltberatungsstellen wird aktuell überarbeitet. Frauenorganisationen bemängeln indirekte Kürzungen. Denn das Sozialministerium will die öffentlichen Zuschüsse so beibehalten wie sie 2017 beschlossen wurden. Tarifierhöhungen und andere Kosten sind nicht mitgerechnet worden.

Frauenhäuser sowie Beratungs- und Interventionsstellen fürchten Projekte und Personal streichen zu müssen, wenn die Gelder vom Land fehlen.

Eine Zuständigkeit des Landes zur Kompensation von gestiegenen Löhnen und Kosten bestehe nicht, erklärt eine Sprecherin unserer Redaktion auf Anfrage. Das Land finanziere Frauenhäuser und Beratungsstellen mit rund zehn Millionen Euro pro Jahr und damit mehr als doppelt so viel wie noch 2011, als 4,1 Millionen Euro ausgegeben wurden.

„Land und Kommune schieben sich immer die Bälle zu. Der Schutz der Frauen bleibt dabei auf der Strecke“, kritisiert Häring - und das ausgerechnet in der Pandemiezeit.

Mehr Fälle von Gewalt

Im vergangenen und in diesem Jahr sind die Zahlen der Frauen, die häusliche oder psychische Gewalt erleben, deutlich gestiegen, berichtet die Frauenberatungsstelle von Stadt und Landkreis Osnabrück. Das Frauenhaus Osnabrück musste zudem 266 Frauen und Kinder im Jahr 2020 abweisen, im Jahr davor waren es 356.

„Der Personalschlüssel reicht nicht aus“, kritisiert Esther Bierbaum vom Frauenhaus Osnabrück. Derzeit berät und begleitet eine Mitarbeiterin acht Frauen (1:8). Kinder werden dabei nicht mitgerechnet, sodass eine Mitarbeiterin etwa acht bis zwölf Kinder ebenfalls unterstützt.

Forderungen der Demonstrantinnen

Mit Plakaten und Regenschirmen mit der Aufschrift "Lasst uns nicht im Regen stehen" machen Vertreterinnen von Frauenhäusern, Frauen- und Mädchenberatungsstellen, der niedersächsische Landesfrauenrat und andere Beratungsstellen auf ihre Forderungen beim Protest aufmerksam. Sie fordern gerade jetzt, wo zunehmend Frauenhausplätze und mehr Beratungskapazität in den ambulanten Beratungsstellen benötigt werden, Geld bereit zu stellen.

„Wir brauchen Planungssicherheit“, sagt Bierbaum, die nicht nur an die Jobs ihrer Kolleginnen denkt, sondern auch findet: „Frauen brauchen Zeit, um sich ein selbstbestimmtes, gewaltfreies Leben aufbauen zu können. Sie müssen nicht rechtfertigen, warum sie noch im Frauenhaus sind.“

Wohnortnahe Beratungen oder Frauenhäuser

Auch die Gleichstellungsbeauftragte Häring fordert sichere Schutzräume für Frauen: "Finanzierung ist eine Pflichtaufgabe." Um den Frauen mehr zu helfen, brauche es allgemein in Niedersachsen und speziell auch im Osnabrücker Südkreis mehr und vor allem wohnortnahe Anlaufstellen. Für Frauen, die psychische oder körperliche Gewalt erleben, sei das Thema sehr „schambehaftet“.

Der Verein "Frauenhaus Osnabrücker Land" hat sich 2019 gegründet, um neben dem Frauenhaus in Bersenbrück und Osnabrück ein weiteres im Landkreis zu errichten. Für Stadt und Landkreis Osnabrück gibt es eine Frauenberatungsstelle, die in der Spindelstraße in Osnabrück ist, aber keine dezentralen Außenstellen. Diesen Weg nach Osnabrück auf sich zu nehmen, besonders wenn eine Frau auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sei, "ist einfach zu weit", findet Häring. „Das Problem für wohnortnahe Anlaufstellen ist immer die Finanzierung.“

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.